

DIE SOZIALPOLITISCHE LEITIDEE DER TEILHABE IM WOHLFAHRTSSTAAT SCHWEDEN | Verständnis und Praxis Sozialer Arbeit (Teil 1)

Uwe Schwarze

Zusammenfassung | In der deutschen Sozialpolitik ist „Teilhabe“ aktuell ein häufig verwendeter Begriff, obwohl das theoretische Verständnis dieser Leitidee oft diffus bleibt. Noch weniger ist über dessen Bedeutung im internationalen Vergleich bekannt. Der Beitrag untersucht auf der Grundlage eines Forschungsprojekts des Autors in zwei Folgen den Diskurs und das Verständnis von Teilhabe und Partizipation für die Soziale Arbeit in Schweden. Im ersten Teil werden die Begriffe für den Diskurs expliziert und es erfolgt eine Darstellung verschiedener Praxisbeispiele. Im zweiten Teil, der in der Ausgabe 5.2016 erscheint, werden Konzepte der Nutzerbeteiligung und des Nutzereinflusses sowie das Projekt „Social Aktion Nu“ vorgestellt.

Abstract | „Participation“ is a prominent term and current guiding principle of social policy in Germany. But, theory and definitions of that term are vague, especially in comparative social policy analysis. In this context the article examines in two volumes the discourse and understanding of participation in Swedish social work. In the first part definitions for the used concepts will be explained, and practical examples for social work shall be displayed. In the second part which will be published in vol. 5.2016 of our journal more concepts considering user's participation will be exemplified, and the project „Social Aktion Nu“ will be introduced.

Schlüsselwörter ► Sozialstaat
► Europäische Union ► Schweden
► Partizipation ► Solidarität

Problemstellung | Der vorliegende Beitrag wählt bewusst die drei Begriffe Teilhabe, Partizipation und Beteiligung als Bezugspunkte für eine Analyse ihres Verständnisses für die Soziale Arbeit in Schweden. Die Fragestellung nach dem Verständnis von Teilhabe

in unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten resultiert aus einem Forschungsprojekt, aus dem hier erste Befunde vorgestellt werden.¹ In seinen theoretischen Bezügen ist der vorliegende Beitrag bewusst breiter ausgerichtet als mit dem aktuell in Deutschland vor allem über die UN-Behindertenrechtskonvention eingeführten Begriff der Inklusion. Vielmehr werden auch ideengeschichtlich die Leitprinzipien der Aufbau- und Ausbauphase staatlicher schwedischer Sozialpolitik zwischen 1890 und 1960 herangezogen, um zu ermitteln, ob Teilhabe bereits ein frühes sozialpolitisches Leitbild war.

Dabei ist die stärker universalistische schwedische Wohlfahrtspolitik recht klar von der eher ständisch und selektivistisch geprägten deutschen Sozialpolitik zu unterscheiden (Titmuss 1967, Lundberg; Åmark 2001, Schwarze 2015). Seit den 1990er-Jahren wird jedoch im Forschungsstand ein Ende des schwedischen Universalismus konstatiert (Sunesson et al. 1998, Lundberg; Åmark 2001). Nach vielfältigen sozialpolitischen Reformen lässt sich seit den 1990er-Jahren – auch über Einflüsse der Europäischen Union und weiterer internationaler Organisationen wie UNO, WHO, OECD, Weltbank etc. – teilweise eine Annäherung in den Strukturmerkmalen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements für Deutschland und Schweden beobachten. Ob sich diese Annäherung auch für das Verständnis von Teilhabe in der Sozialen Arbeit des stark sozialdemokratisch geprägten schwedischen Wohlfahrtsstaates beobachten lässt, ist eine weitere Frage. Die Analysen schließen dabei an vergleichende Befunde zu Verwaltungs- und Dienstleistungskulturen in Deutschland und Schweden an (Jann 2000, Häußermann; Siebel 1995), wobei aber das Verständnis von Teilhabe und Partizipation bisher kaum Berücksichtigung fand. Selbst in Studien zur Zivilgesellschaft im schwedischen Wohlfahrtsstaat (Gurksdies 2006) finden die sozialen Dienste und Themen wie Partizipation und Teilhabe kaum Beachtung. Eine zentrale Grundlage der hier neu vorgelegten Befunde zum Fachdiskurs über „Teilhabe“ bilden Beiträge ausgewählter Fachzeitschriften der Sozialpolitik und Sozialarbeit, die für die Jahrgänge 2005 bis 2015 für Schweden einbezogen wurden. Schließlich wurden Gesetzesänderungen, sozialpolitische Programme

¹ Es handelt sich um erste Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojekts an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit. Ein besonderer Dank gilt Kathrin Kreimeyer und Teresa Ernst für erste umfangreiche Recherchen.

und Konzepte der Sozialen Arbeit berücksichtigt. Die innerschwedische Forschung steht hierzu auch noch am Anfang.²

Für vergleichbare sozialpolitische Leitideen wie „flexicurity“, „activation“ und „social investment“ wurden bereits erste ländervergleichende Studien durchgeführt (Barbier 2014). Sie bieten forschungsmethodisch gute Anknüpfungspunkte. Ziel des Beitrages ist es auch, diese hier skizzierte Forschungslücke ebenfalls zu schließen. Gerade im Kontext massiver sozialer Probleme in südeuropäischen Ländern, im Zusammenhang mit aktuellen Flüchtlingsbewegungen oder auch bezogen auf gewaltsame Proteste in europäischen Großstädten wie im Mai 2013 in Stockholm-Husby erweisen sich Beteiligung, die Transparenz politischer Entscheidungen und sozialpolitischer Programme sowie Grundfragen materieller und sozialer Teilhabe als dringlich. Diese aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen bilden ebenso eine Hintergrundfolie für das Forschungsprojekt, aus dem hier berichtet wird.

Teilhabe und Beteiligung – historisch randständige Leitideen? | In einem historischen Rückblick gelten vor allem soziale Sicherheit (trygghet) und Gleichheit (jämlikhet) als zentrale sozialpolitische Leitideen im zunächst möglichst universalistisch auf alle Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten schwedischen Wohlfahrtssystem. In der Gründungs- und Ausbauphase des Wohlfahrtsstaates der 1930er- bis 1970er-Jahre prägte die Idee des Universalismus die sozialpolitischen Programme zunächst stark (Lundberg; Åmark 2001, Gurskies 2006, Schwarze 2015). Diesen frühen Leitideen nach sollten die stark individuell ausgerichteten Leistungen der Sozialhilfe und Sozialdienste, zumal wenn diese direkt an eine stigmatisierende Bedürftigkeitsprüfung gekoppelt waren, möglichst überflüssig werden. Eine über soziale Rechte gesicherte und möglichst armutsfeste allgemeine Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sollte in standardisierter und bürgerfreundlicher Weise sowohl Gleichheit wie auch soziale Sicherheit gewähr-

leisten. Teilhabe wurde eher als Ergebnis dieses institutionalisierten universalistischen Wohlfahrtsstaates verstanden, nicht aber als strukturierendes Element sozialer Interventionen selbst.

Vor allem Gleichheit und Sicherheit waren somit die zentralen Leitideen im stark sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat. Eine möglichst aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der Ausgestaltung der sozialen Interventionen, die über das politische Wahlrecht und gewerkschaftliches beziehungsweise parteipolitisches Engagement hinausgingen, galten in dieser Phase offenbar kaum als prägende Leitideen. Auch aktuelle historische Studien, in denen die zentralen wohlfahrtsstaatlichen Begriffe für Schweden im Vergleich zu Dänemark näher untersucht wurden, bestätigen dies (Edling; Petersen 2014). Interessanterweise finden Begriffe wie Partizipation, Beteiligung und auch Teilhabe in diesen Studien gar keine Berücksichtigung, sondern sie beziehen sich

ALICE SALOMON

HOCHSCHULE BERLIN
University of Applied Sciences

berufsbegleitender Masterstudiengang

Biografisches und Kreatives Schreiben

Bewerbungen bis zum 15.7.2016

Studienberatung

Guido Rademacher (Dozent):

rademacher@ash-berlin.eu

Kristiane Jornitz (Koordination):

Tel.: 030/99245-332

www.ash-berlin.eu/bks



2 Für Schweden liegt eine theoretische Bestandsaufnahme zum Themenfeld „Teilhabe/Partizipation“ von Sundh; Turunen (1992) vor. Ansätze dialogischer Sozialarbeit und der Bedarf an Theorie und Wissen zum Verständnis von Teilhabe wurden allgemein von Salonen (1992) formuliert. Aktuell ist der Forschungsstand von der nationalen Sozialbehörde (Socialstyrelsen 2013) erfasst. Mit internationalen Bezügen wird er im Überblick von Denvall u.a. (2011, S. 119 ff.) skizziert.

ganz selbstverständlich auf die klassischen und stark sozialdemokratisch geprägten Begriffe der Gleichheit, Sicherheit, Solidarität und Wohlfahrt.

In den Entwicklungen zum sozialdemokratisch geprägten schwedischen Wohlfahrtsstaat wurden zugleich frühe Ansätze der Selbsthilfe und Selbstorganisation, wie sie im 19. Jahrhundert gesellschaftlich durchaus verankert waren, im 20. Jahrhundert tendenziell quasi verstaatlicht. Dies lässt sich für den Bereich der Krankenkassen, für die gewerkschaftsnahen Arbeitslosenkassen und auch für Leistungen der evangelisch-lutherisch geprägten kirchlichen Armenpflege belegen. Zugleich wurden soziale Leistungen über allgemeine soziale Rechte nicht nur positiv abgesichert, sondern auch stärker standardisiert. Die aktive Beteiligung und Mitwirkung der Bürger und ab den 1970er-Jahren auch der Bürgerinnen richtete sich dabei vor allem auf die Bereitschaft zur (Lohn-)Arbeit in Form der sogenannten Arbeitslinie aus. Diese wurde entlang der über das Sozialrecht juristisch eingeforderten Antrags- und Mitwirkungspflichten für die Praxis Sozialer Arbeit in den kommunalen Sozialdiensten konkretisiert. So etablierte sich in Schweden zunächst ein eher enges Verständnis von Erwerbsteilhabe als angestrebtes Ergebnis wirksamer Sozialpolitik und Sozialarbeit.

Erst nach einer Kritik an den sogenannten totalitären Tendenzen einer aus Sicht der Kritiker nahezu alle Lebensbereiche umfassenden schwedischen Wohlfahrtsstaatlichkeit der 1960er- und 1970er-Jahre wurde mit einem völlig neuen Sozialdienstgesetz 1982 eine veränderte Ausrichtung auf Teilhabe und Partizipation für die Soziale Arbeit angestoßen. Prinzipien wie „soziale Nähe“ (närhet) oder „Ganzheitlichkeit“ (helhet) und auch „Demokratie“ (demokrati) wurden im Sozialdienstgesetz rechtlich klarer normiert. Ausgehend von diesen normativen Prinzipien wurden die Auflösung stationärer Einrichtungen und die Dezentralisierung der sozialen Dienste weiter forciert, etwa in der Psychiatrie, in der Suchtkrankenhilfe, mit dem Assistenzkonzept in der Behindertenhilfe und auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei wurden die normativen und programmatischen Vorgaben zumeist zentralstaatlich reguliert, für die praktische Umsetzung standen jedoch in hohem Maße die Kommunen mit ihren Sozialdiensten und ihrer stark verankerten Selbstverwaltung ein. Um entsprechende Belege zu einer aktiven Beteiligung und Teilhabeförderung für

Bürgerinnen und Bürgern zu finden, bedarf es genauerer Analysen. Ausgewählte Praxisbeispiele werden daher nachstehend näher beschrieben.³

Teilhabe in der Individuen- und Familienhilfe, Sozialhilfe und Wohnungslosenhilfe im Wandel der Trägerstrukturen Sozialer Arbeit |

Die Individuen- und Familienhilfe (Individ- och Familjeomsorg IOF) bildet das letztverantwortliche soziale Sicherungssystem und ist im nationalen Sozialdienstgesetz nach den genannten Prinzipien rechtlich normiert. Im Rahmen dieses Leistungssystems werden sowohl die materiellen Transferleistungen der Sozialhilfe (försörjningstöd) als auch die persönlichen Hilfen wie Information, Aufklärung, Beratung und Unterstützung erbracht. Dabei sind die materiellen Transferleistungen nach ähnlichen Strukturprinzipien gestaltet wie die im Sozialgesetzbuch festgelegte deutsche Grundsicherung (SGB II und SGB XII). Auch in Schweden wurden seit den 1990er-Jahren die Mitwirkungspflichten der Leistungsberechtigten rechtlich stärker betont und konsequenter eingefordert, vor allem für 18- bis 24-jährige Arbeitslose. Die im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfungen praktizierten Kontrollen sind dabei in der lokalen Praxis außerordentlich vielfältig und von einem tendenziell größeren Ermessensspielraum für Fachkräfte der Sozialbehörden geprägt als in Deutschland. Insgesamt wurde so in den letzten Jahren eine eher repressive und paternalistische Sozialhilfepraxis weiter gefördert. Sie wurde in Schweden jedenfalls nicht nennenswert zugunsten einer primär auf Freiwilligkeit und (Eigen-)Motivation der Leistungsberechtigten strukturierten Teilhabe verändert (zur Sozialhilfe Jewell 2007, Schwarze 2012).

Aktuelle soziale Probleme wie die Arbeitslosigkeit mit einer offiziellen Quote von sechs bis sieben Prozent (2015), ein in Großstädten verbreiteter Wohnungsmangel, steigende Mieten und eine steigende Zahl von Wohnungslosen sowie eine wachsende Armutsquote bei Familien und Kindern bilden, ergänzt um die aktuellen Flüchtlingsbewegungen, immense

³ Auf der Internetseite der nationalen Sozialbehörde (Socialstyrelsen) (www.socialstyrelsen.se) finden sich über die Suchfunktion zum Begriff „Teilhabe“ im Sinne von „deltagandet“ oder auch zu „Beteiligung/Mitwirkung“ (deltaktighet/medverkan) nur wenige Einträge und Dokumente. Mit Publikationen häufiger vertreten sind jedoch Begriffe und Ansätze des „brukarmedverkan“ beziehungsweise „brukarinflytande“ im Sinne von Nutzerbeteiligung und Nutzereinfluss.

Herausforderungen für die Sozialbehörden und auch für die nicht behördliche Soziale Arbeit. Dabei werden sowohl die Arbeitsvermittlung und -beratung, die Wohnungslosenhilfe oder auch die Flüchtlingshilfe von den öffentlichen kommunalen Sozialdiensten geleistet. Im Bereich der materiellen Grundsicherung geschieht dies für viele Einkommensarme über die bedürftigkeitsgeprüfte Sozialhilfe der städtischen Sozialbüros. Ergänzend und inzwischen in Teilen die öffentlichen Dienste quasi ersetzend bieten freie beziehungsweise kirchliche Träger wie die Stadtmission persönliche und therapeutische Hilfen für Langzeitarbeitslose, für Wohnungslose, Suchtkranke und generell für Menschen in multiplen Krisensituationen an. Aktuell lässt sich eine Entwicklung von Konzepten erkennen, die niederschwelliger, offener und dialogisch-partizipativ ausgerichtet sind, um so die Ressourcen und Mitgestaltungspotenziale der Bürgerinnen und Bürger wirksamer mitzunutzen. Über diese Ansätze sollen ferner die Akzeptanz und Wirksamkeit sozialer Interventionen verbessert werden.

Exemplarisch lässt sich für die Wohnungslosenhilfe der „Housing-first-Ansatz“ nennen, der inzwischen von der Stadtmission in Projekten auch gegen Vorbehalte der Sozialbehörden modellhaft etabliert wurde (*Socialstyrelsen* 2013, S. 25). Auch Straßenzeitsprojekte und Dokumentationsprojekte mit Wohnungslosen, die stärker auf Beteiligung, Befähigung und die Förderung von Selbsthilfe ausgerichtet sind, haben sich nach Vorbildern aus London und New York mit Projekten wie „FAKTUM“ und „SITUATION STOCKHOLM“ inzwischen in Stockholm, Göteborg und Malmö etabliert (*Magnusson* 2002).

Allerdings ist empirisch fraglich, ob die Zielsetzungen und Wirkungen dieser auf aktive Teilhabe und Befähigung ausgerichteten neueren Projekte tatsächlich erreicht werden und welche Akteure genau welchen Nutzen aus den Projekten erzielen (*Schwarze* 2013). In der Flüchtlingshilfe und Migrationssozialarbeit finden sich Beispiele stadtteilbezogener Sozialarbeit verbunden mit Dokumentationsprojekten, in denen Bewohnerinnen und Bewohner der Vororte Stockholms über ihre Lebenslagen und über positive Veränderungen aktiv und selbstorganisiert berichten. Gegen die Kritik eines eher bürgerlich-konservativen Verständnisses von Sozialpolitik konnten wiederum in der nichtstaatlichen Suchtkrankenhilfe beispielsweise auch Programme des Spritzentausches und

niederschwellige Beratungsangebote von der Stadtmission realisiert werden. Auch Suppenküchen (*soppkök*) und Lebensmittelausgabestellen, meist von der Stadtmission und anderen freien Initiativen ehrenamtlich organisiert, sind seit wenigen Jahren im schwedischen Wohlfahrtsstaat wieder aktuell. Inwieweit damit aber eine positive und auf sozialen Rechten basierende Förderung von Teilhabe verbunden ist oder ob diese Entwicklungen nicht eher die Kehrseite eines tendenziellen Abbaus im Versorgungsniveau wohlfahrtsstaatlicher Grundsicherung abbilden, wäre näher zu untersuchen. Ein aktueller Ansatz, mit dem ausdrücklich Teilhabe und Partizipation gefördert werden sollen, verbindet sich über neuere Instrumente der Bedarfsorientierung (*behovsorientering*). Sie wurden in den vergangenen Jahren zentralstaatlich gefördert und es scheint lohnend, sie näher zu betrachten.

Bedarfsorientierung in der Kinder-, Jugend- und Altenhilfe | Seit 2005 werden in Schweden sowohl seitens des bürgerlich-liberalen Lagers wie auch von der aktuell sozialdemokratisch geführten Regierung und über die nationale Sozialbehörde (*socialstyrelsen*) Konzepte eingeführt, um soziale Dienste aktiver und genauer am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Entsprechend wurden in vielen Kommunen Instrumente implementiert, die über eine explizite Bedarfsorientierung der Hilfen direkter die Teilhabe und Teilnahme der Leistungsberechtigten fördern sollen. Zunächst wurde dieser Ansatz vielerorts über das Programm „BBIC“ (*barnens behov i centrum*, zu Deutsch: Der Bedarf der Kinder im Mittelpunkt) in der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Er wurde unabhängig von der UN-Kinderrechtskonvention etabliert, erhielt aber durch die internationalen rechtlichen Normen zusätzliche Relevanz. Die lokale Einführung dieses Ansatzes ist freiwillig. Insgesamt schlossen sich 98 Prozent aller schwedischen Kommunen über eine Vereinbarung mit der nationalen Sozialbehörde seit 2005 dem Programm an und konnten so unter anderem die Weiterbildung zu den neuen Instrumenten der Bedarfsermittlung nutzen (*Munier* 2015, S.73).

Die Zielsetzung des an britischen Vorbildern orientierten Programms ist es, möglichst grundlegend und durchgehend den individuellen Bedarf von Kindern in das Zentrum der jeweiligen sozialen Interventionen zu setzen. Risiken einer allzu subjektiven Beurteilung

der Bedarfslagen von Kindern in Krisensituationen und bei Kindeswohlgefährdung sollen so begrenzt werden. Entsprechend soll auch die Rechtssicherheit für Kinder und betroffene Eltern über neue standardisierte Verfahren, Checklisten und computergestützte Datenerfassungssysteme verbessert werden, so die offiziellen Begründungen. Dabei werden die Instrumente gleichzeitig mit direkten Bezügen zum Ausbau einer evidenzbasierten Sozialen Arbeit etabliert und für die nächsten Jahre ist eine weitere Förderung dieser Ansätze vorgesehen (Munier 2015).

Quasi als Querschnittsaufgabe aller sozialen Dienste steht vorrangig die Frage nach den besonderen Bedarfen der Kinder beziehungsweise danach, inwieweit Kinder aus ihrer Perspektive von welchen sozialen Problemlagen und sozialen Interventionen wie genau betroffen sind. So sind Kinder im Rahmen der Kinderrechte bei Verlust der Familienwohnung beziehungsweise drohender Räumungsklage oder im Fall der Überschuldung ihrer Familie ihrem Alter entsprechend zu informieren. In den Lösungsansätzen und Entscheidungen der Sozialdienste sind die Kinderrechte und die Versorgung der Kinder stets vorrangig zu beachten. Genauere empirische Studien zu den Ergebnissen dieser Konzepte liegen bisher kaum vor, daher scheint es lohnenswert, diese Entwicklungen weiterhin zu beobachten.

Seit 2011 wird dieser stärker bedarfsorientierte Ansatz auch auf die Altenhilfe und Altenpflege mit dem Programm „ÄBIC“ (äldres behov i centrum, zu Deutsch: Der Bedarf der Älteren im Mittelpunkt) übertragen. Im Jahr 2015 hatten landesweit bereits 233 der insgesamt 290 schwedischen Kommunen den Ansatz des „ÄBIC“ eingeführt und zahlreiche Fachkräfte wurden in der Anwendung der neuen systematischen Instrumente der Bedarfsermittlung und Dokumentation geschult (Socialstyrelsen 2015). Im Kern geht es auch bei „ÄBIC“ darum, von bisher eher an den Programmen und Maßnahmen und an institutionellen Ressourcen ausgerichteten Hilfen der Sozialdienste (insatsorientering) zu einem primär am individuellen Bedarf und an den Möglichkeiten (behovsorientering) des einzelnen älteren Menschen ausgerichteten System überzugehen. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger im Hilfeprozess sollen darüber gestärkt werden. In den nächsten Jahren wird der Ansatz auf weitere Bereiche ausgedehnt, etwa auf die Behindertenhilfe für Erwachsene.

Im innerschwedischen Fachdiskurs findet sich aber auch eine Kritik an „BBIC“ und „ÄBIC“, etwa von Svenbro (2008) und Eneroth (2015). Die Kritik konzentriert sich vor allem darauf, dass über die Programme viel umfassendere Dokumentationssysteme und stark administrative Verfahren zur Ermittlung des individuellen Unterstützungsbedarfs implementiert wurden. Über standardisierte Checklisten, vorgegebene Anamneseinstrumente, Fragebögen und Behandlungspläne würden sich so letztlich eher die Fachkräfte selbst als Experten dieses neuen bürokratischen Systems ins Zentrum setzen. Der tatsächliche Hilfebedarf der betroffenen Menschen würde auf diese Weise eben gerade nicht offen und ganzheitlich fachlich adäquat und individuell beschrieben.

Vor allem eine für wirksame Soziale Arbeit notwendige Vertrauensebene würde über die neuen Standardisierungen eher begrenzt und nicht wirklich gefördert. Zudem seien die Verfahren sehr zeitintensiv, würden bisher nicht auf wissenschaftlich begründeten Bedarfskriterien beruhen und auch nicht den Anforderungen der Verständlichkeit und Transparenz entsprechen. Familien und gerade Kinder und ältere Menschen würden die Dokumente zur Bedarfsermittlung und Hilfeplanung in den Fachbegriffen häufig auch gar nicht verstehen (Eneroth 2015, S. 61). Es bestehe ein erhöhtes Risiko, wonach die klassischen Arbeitsweisen der Sozialen Arbeit, die vor allem auf persönliches Zuhören, Empathie und das Verstehen sehr unterschiedlicher Lebenslagen ausgerichtet seien, um so Bedarfe möglichst gut zu erkennen, von den neueren, stark verfahrensmäßig ausgerichteten Bedarfsermittlungsinstrumenten sogar verdrängt würden. Über „BBIC“ und „ÄBIC“ würden schließlich die ohnehin begrenzten Elemente der Beteiligung und Teilhabe der von sozialen Problemen betroffenen und benachteiligten Menschen tendenziell sogar noch weiter eingeschränkt und nicht gefördert (Svenbro 2008, Rosell 2015).

Auch diese Kritik verweist darauf, dass die schwedischen Sozialdienste, die ganz überwiegend weiterhin in Trägerschaft der Kommunen organisiert sind, stark von paternalistisch geprägten Ansätzen der „Behandlung“ (behandling) und einer „Normalisierung“ (normalisering) geprägt scheinen. Schon strukturell und organisatorisch scheinen ein echter Dialog und auf einer empathischen Kultur des Verstehens und damit auf aktiver Teilhabe basierende Kontakte

zu den Bürgerinnen und Bürgern somit nur begrenzt möglich. Eine abschließende Bewertung, ob beziehungsweise inwieweit über diese neueren bedarfsorientierten Ansätze tatsächlich auch Teilhabe, Beteiligung und ein Verstehen der Hilfeprozesse, Verfahren und Abläufe positiv gefördert werden, ist auf Basis bisher nur sehr begrenzt vorliegender empirischer Daten derzeit kaum möglich. Im Vergleich zu Deutschland zeigen sich aber doch Besonderheiten, die einer genaueren künftigen Beobachtung wert scheinen.

Die vorangegangenen Darstellungen zeigen, dass die Soziale Arbeit in Schweden in hohem Grad öffentlich und wohlfahrtsstaatlich institutionalisiert ist. Im zweiten Teil dieses Beitrags, der in der folgenden Ausgabe dieser Zeitschrift erscheint, wird die Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer an den Beispielen der Konzepte der „Brukarinflytande“ und „Brukarmedverkan“ dargelegt.

Professor Dr. Uwe Schwarze, *Politologe und Dipl.-Sozialpädagoge, lehrt Sozialpolitik und Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Regulierung und Steuerung sozialer Dienste sowie Sozialpolitik und Soziale Arbeit im internationalen Vergleich an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, Holzminden und Göttingen.*
E-Mail: uwe.schwarze@hawk-hhg.de

Literatur

- Barbier**, Jean-Claude: Languages of social policy at 'the EU level'. In: Bèland, Daniel; Petersen, Klaus: Analysing social policy concepts and language. Comparative and transnational perspectives. Bristol 2014
- Denvall**, Verner; Granlöf, Shari; Knutgård Marcus; Nordfeld, Marie; Swärd, Hans: Urvärdering av "Hemlöshet – många ansikten, mångas ansvar". Meddelanden från Socialhögskolan 2011: 2, Lunds Universitet, Socialhögskolan. Lund 2011
- Edling**, Nils; Petersen, Jørn Henrik; Petersen, Klaus: Social policy language in Denmark and Sweden. In: Bèland, Daniel; Petersen, Klaus: Analysing social policy concepts and language. Comparative and transnational perspectives. Bristol 2014
- Eneroth**, Bo: "BBIC lamslår socialt arbete". In: Socionomen 2/2015, S. 61-62
- Gurksdies**, Erik: Schweden. Zivilgesellschaft im universalistischen Wohlfahrtsstaat. In: Meyer, Thomas (Hrsg.): Praxis der Sozialen Demokratie. Wiesbaden 2006, S. 47-129
- Häußermann**, Hartmut; Siebel, Walter: Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt am Main 1995
- Jann**, Werner: Verwaltungskulturen im internationalen Vergleich. Ein Überblick über den Stand der empirischen

- Forschung. In: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften 4/2000, S. 325-349
- Jewell**, Christopher J.: Agents of the Welfare State. How Caseworkers respond to Need in the United States, Germany, and Sweden. New York und London 2007
- Lundberg**, Urban; Åmark, Klas: Die Entwicklung des schwedischen Sozialstaats im 20. Jahrhundert. In: Kraus, Katrin; Geisen, Thomas (Hrsg.): Sozialstaat in Europa. Wiesbaden 2001
- Magnusson**, Jan: Ny situation. Ny organisation. Gatutidningen Situation Stockholm 1995-2000. Dissertationsschrift in Social Work. Lund 2002
- Munier**, Katarina: Replik till "BBIC lamslår socialt arbete 1/2015". In: Socionomen 2/2015, S. 73
- Rosell**, Sven: Delade meningar om ÄBIC. In: Socionomen 1/2015, S. 56-59
- Salonen**, Tapio: Kunskap för förändring. In: Sundh, Kenneth; Turunen, Päivi: Social Mobilisering. Om samhällsarbete i Sverige. Stockholm 1992
- Schwarze**, Uwe: Sozialhilfe in Schweden und Deutschland. Lebenslaufpolitik zwischen modernisierter Kommunalverwaltung und aktivierendem Wohlfahrtsstaat. Wiesbaden 2012
- Schwarze**, Uwe: Straßenzeitungsprojekte und ihr Nutzen für Wohnungslose in Schweden – zwischen universalistischer und selektivistischer Wohlfahrtspolitik? In: Wohnungslos 4/2013, S. 142-148
- Schwarze**, Uwe: Vordenker der Sozialpolitik: Gustav Möller – Wegbereiter des Universalismus im Wohlfahrtsstaat Schweden. In: Zeitschrift für Sozialreform 1/2015, S. 73-101
- Socialstyrelsen**: Att ge ordet och lämna plats. Vädledning om brukarinflytande inom socialtjänst, psykiatri och missbruks- och beroendevård. Stockholm 2013
- Socialstyrelsen**: Äldres behov i centrum. Behovsriktad och systematiskt arbetsätt med dokumentation av individens behov utifrån ICF. Stockholm 2015
- Sundh**, Kenneth; Turunen, Päivi: Social Mobilisering. Om samhällsarbete i Sverige. Stockholm 1992
- Sunesson**, Sune et al.: The Flight from Universalism. In: European Journal of Social Work 1/1998, pp. 19-29
- Svenbro**, Håkan: BBIC innebär ett välviljigt övergrepp på barnet. In: Socionomen 2/2008
- Titmuss**, Richard M.: Universal and Selective Social Services. In: New Statesman 9/1967